

Schule im Blick ● punkt

Informationen des Landeselternbeirats Baden-Württemberg



Vom Wettlauf um Wohlstand abgehängt

- Jugendprobleme als Zerreißprobe für die Gesellschaft

Der steinige Weg der Inklusion

- Ein Erfahrungsbericht über Inklusiv Schulen in Wien

Hohe Erwartung – niedrige Bezahlung

- Droht im Land bald der Erzieherinnennotstand?

Großer Eltern-Infotag zur Bildung

- am 19. November in Stuttgart

Schulträger lavieren in der Grauzone

- Finanzierung Freier Schulen – eine Dauerbaustelle

Wenn nur noch der Lehrer Deutsch kann

- Schule und Migration – am Beispiel Pforzheim

Hochschule aktuell: „Startschuss mit Brauseraketen“

- Uni Stuttgart eröffnet Schülerforschungscampus

Inhaltsverzeichnis

Einladung: Bildungs- und Informationstag für Eltern 3	SiB im Gespräch: mit Kultusministerin Gabriele Warminski-Leitheußer 20
Inklusion: Erfahrungsbericht aus Wien 4	Neue Medien: Kongress zum Thema Medienkompetenz für Eltern und Lehrkräfte 21
Gemeinschaftsschule: Klärungsbedarf bei vielen Fragen . . 6	Freie Schulen: Finanzierung als Dauerbaustelle 23
Lehrerberuf: Studie gibt Aufschluss über die Attraktivität . . 7	
Bildungspolitik: Empörung der Jugend als Zerreißprobe für unsere Gesellschaft 9	
Migration: Wie sich die Stadt Pforzheim den Herausforderungen der Integration stellt 10	Hochschule aktuell
Berufliche Schulen: BLV befürchtet finanzielle Abstriche . 13	Schülerforschungscampus: Uni Stuttgart geht an den Start 24
Frühförderung: Ver.di befürchtet Erzieher/-innennotstand. 14	Studiengebühren: Gesetz zur Abschaffung in Anhörung 26
Elternmitwirkung: Kurzer Abriss über Rechte und Pflichten von Elternvertretern 16	Studierende: Zahl der Studienanfänger auf Rekordniveau 27
Realschule: Verband befürchtet Folgen der unverbindlichen Grundschulempfehlung. 18	Studieninformationstag: Neue Broschüre erschienen .27

Liebe Leserinnen und Leser,

das neue Schuljahr hat uns wieder fest im Griff, und wir dürfen gespannt sein, was es für uns alle bereithält. Ich wünsche Ihnen und Ihren Kindern in diesem Schuljahr viele positive Erfahrungen.

Eine Menge an Änderungen an den baden-württembergischen Schulen wurde seitens der Politik in den letzten Monaten angekündigt, diese zu wiederholen kann ich mir hier sicherlich ersparen, sie werden Ihnen alle geläufig sein.



Christian Bucksch, Vorsitzender des Landeselternbeirats

Man kann nur hoffen, dass alle angekündigten Änderungen mit Ruhe und Bedacht und unter Einbindung aller Beteiligten angegangen werden, in der Ruhe liegt die Kraft, ist man versucht zu sagen.

Denn wir dürfen nicht vergessen, dass es weiterhin Baustellen an unseren Schulen gibt, auf die der Landeselternbeirat und auch andere Elterninitiativen jahrelang hingewiesen haben, aber jetzt schon Änderungen diskutiert werden, die ohne Reparatur an diesen Baustellen kaum angegangen werden können:

Baustelle Lehrerversorgung: Einerseits freut es ja, wenn die Kultusministerin in einem Interview ein neues Fach „Medienkompetenz“ an unseren Schulen ins Gespräch bringt, aber sollte nicht erst einmal die Lehrerversorgung inklusive der Krankheitsvertretungen am Anfang des Schuljahres so geregelt sein, dass die vorhandenen Fächer verbindlich bis zum Schuljahresende unterrichtet werden können? Aktuell hören wir von Verbänden, wie sich die Versorgung mit Lehrern darstellt, Lehrer für die MINT-Fächer werden immer knapper (liebe MINT-Lehrer, bitte nicht krank werden, dem LEB liegen Erfahrungsberichte von Eltern vor, in denen Unterricht bis zu 8 Wochen ausgefallen ist). Und nicht nur das Fach Medienkompetenz ist in die Diskussion gebracht worden, auch die Forderung nach Ausbau des Schulfaches Musik und die Erhöhung der Stundenzahl des Faches Sport wird immer häufiger diskutiert.

Alles Wünsche, die berechtigt sind, aber bitte erst einmal den Ist-Zustand ansehen und dort ansetzen. Fragen gibt es genug: Wir wissen, dass es die Lehrer an unseren Schulen trotz des dreigliedrigen Schulsystems jeweils mit einer sehr heterogenen Schülerschaft zu tun haben, und dass darauf nicht immer so eingegangen wird, wie wir es uns wünschen. Da fragt man sich, wie die Umsetzung einer inklusiven Schule gewinnbringend und mit einer guten Qualität gelingen soll. Denn eine inklusive Schule hat sich den Schülern anzupassen, nicht mehr die Schüler der Schule!

Fragen auch bei der **Elternmitwirkung:** Aktuell in der Diskussion ist die Ausweitung der Mitbestimmung von Eltern an den Schulen, so sind Überlegungen zur Drittelparität in der Schulkonferenz in den Koalitionsvertrag aufgenommen worden. Diese Idee wird vom Landeselternbeirat natürlich unterstützt, jedoch sehen wir auch, dass bislang an zahlreichen Schulen noch nicht einmal die bisherigen Regelungen zur Elternmitarbeit eingehalten werden. Der Weg hin zu einer Drittelparität in der Schulkonferenz ist sicher der richtige, aber nicht der einzige für eine gute und gehaltvolle Elternarbeit an den Schulen.

Mit herzlichen Grüßen

Christian Bucksch

Impressum: Herausgeber: Der Landeselternbeirat Baden-Württemberg, Silberburgstr. 158, 70178 Stuttgart, Vorsitzender: Christian Bucksch – Schriftleitung: Sylvia Wiegert (sw), Margeritenweg 2, 72250 Freudenstadt, E-Mail: redaktion.sib@leb-bw.de, Internet: www.leb-bw.de. Weitere Mitarbeiter der Redaktion: Uwe Bimmler (ub), Hartmut Wagner (hw) – Verlag: Neckar-Verlag GmbH, Klosterring 1, 78050 Villingen-Schwenningen, Telefon (07721) 8987-0. E-Mail: info@neckar-verlag.de, Internet-Adresse: www.neckar-verlag.de – Erscheint sechsmal im Schuljahr – Bestellung beim Verlag – Jahresabonnement Euro 10,65 zzgl. Porto. Abbestellungen nur zum Schuljahresende schriftlich, jeweils acht Wochen vorher – Rücksendung unverlangt eingeschickter Manuskripte, Bücher und Arbeitsmittel erfolgt nicht. Für unverlangt eingesandte Manuskripte wird keine Haftung übernommen. Nachdruck nur mit Genehmigung der Schriftleitung oder des Verlags. Zuschriften nur an die Schriftleitung.

Workshop 4

G8/G8+/G9-Reformwerkstatt Gymnasium

Die Zukunft des Gymnasiums in Baden-Württemberg ist das Thema von *Claudia Stuhmann* und *Michael Siefert* vom Kultusministerium.

Workshop 5

Berufliche Schulen – Stiefkinder oder Stützen des Bildungssystems in Baden-Württemberg?

Über die berufliche Bildung informieren *Arno Limmeroth* und *Hildegard Rothenhäusler* vom Kultusministerium sowie *Margarete Schäfer*, Schulleiterin an der Johanna-Wittum-Schule in Pforzheim und Vorsitzende des Berufsschullehrerverbandes.

Workshop 6

Wie kann Inklusion gelingen?

Diese Frage erörtern *Sönke Asmussen* vom Kultusministerium und Schulleiter *Ludwig Augustin* von der Albert-Schweizer-Schule in Schorndorf sowie *Peter Hudelmaier* von der Pädagogischen Hochschule in Ludwigsburg.

Workshop 7

Die Gemeinschaftsschule

Informationen zur Gemeinschaftsschule geben *Norbert Zeller* vom Kultusministerium und das Ehepaar *Rall*, das an der Georg-Christoph-Lichtenberg-Gesamtschule in Göttingen unterrichtet. Die Georg-Christoph-Lichtenberg-Gesamtschule ist Träger des Deutschen Schulpreises 2011.

Der steinige Weg der Inklusion

Die Erfahrungen nach einem Vierteljahrhundert Integration an Wiener Schulen

Seit der Ratifizierung der UN-Behindertenkonvention beschäftigt das Thema Inklusion auch hierzulande Bildungspolitiker und Schulen. Da lohnt es sich, einen Blick zu den österreichischen Nachbarn nach Wien zu werfen, denn „Wien ist anders“. Dieser Slogan, den man an allen Stadteinfahrten findet, gilt auch für die konkrete Umsetzung des gemeinsamen Unterrichts von behinderten und sogenannten nicht behinderten Schülerinnen und Schülern. Seit einem Vierteljahrhundert sammelt Wien hier schon Erfahrungen. *Gerhard Tuschel*, Landes Schulinspektor und Verantwortlicher für die Integration und Sonderbetreuung in Wiener Schulen, beschreibt den langen und oft auch steinigen Weg, den die Wiener seither mit dem Ziel einer integrativen Gesellschaft gehen.



Gerhard Tuschel

In Wien wurde die erste Integrationsklasse im Schuljahr 1986/87 eingerichtet. In Integrationsklassen in Grundschulen unterrichten eine Volksschullehrerin und eine Sonderpädagogin gemeinsam im Team eine Gruppe von etwa 16 sogenannten nicht behinderten und maximal 5 behinderten Kindern.

1990/91 wurde die erste Integrationsklasse im Sekundarbereich I eingerichtet. In diesen Klassen unterrichtet ein möglichst kleines Team von Fachlehrerinnen und Fachlehrern gemeinsam mit einer Sonderpädagogin im Team eine Schülergruppe (Zusammensetzung wie oben).

Behinderte Kinder können, ungeachtet der Schwere und der Art der Behinderung, ausschließlich dem Wunsch der Eltern entsprechend eine Integrationsklasse oder eine Sonderschule besuchen. Die Schulbehörde hat die Aufgabe, einen entsprechenden Schulstandort zu suchen und für die notwendige personelle Bedeckung zu sorgen. Sollte neben dem pädagogischen Personal noch weiteres Hilfspersonal (z.B.: pflegerische Versorgung) erforderlich sein, so stellt das die Gemeinde Wien.

Parallel dazu gibt es Modelle der Einzelintegration. In diesen Fällen wurden Kinder mit (leichten) Behinderungen in Regelklassen temporär durch ambulante Sonderpädagogen und -pädagoginnen betreut. Diese Form der Förderung hat sich

besonders bei Sprachbehinderungen, Körper- bzw. Sinnesbehinderungen und dissozialem Verhalten bewährt.

Alle bestehenden Sonderschulen wurden mit der Funktion eines Sonderpädagogischen Zentrums betraut. Diese Aufgabe beinhaltet die Koordination der integrativen Maßnahmen in einer Region. So betreuen diese Zentren die Integrationsklassen in der Region und versorgen sie mit sonderpädagogisch qualifiziertem Personal, koordinieren die Fortbildungsmaßnahmen und versorgen die Integrationsstandorte der Region gegebenenfalls auch mit (therapeutischem) Material.

Die gesetzlichen Grundlagen

1993 wurde die Integration (gemeinsamer Unterricht behinderter und sogenannter nicht behinderter Kinder) nach einer Schulversuchsphase gesetzlich geregelt.

In diesem Gesetz ist geregelt, dass die Eltern bzw. Erziehungsberechtigten entscheiden können, ob ihr behindertes Kind in integrativer Form oder an einer Sonderschule unterrichtet werden soll. 1996 erfolgte eine analoge Regelung für die Sekundarstufe I (5. – 8. Schulstufe).

Eltern werden unterstützt

Im Stadtschulrat für Wien wurde 1988 eine Integrationsberatungsstelle eingerichtet. Diese niederschwellige Einrichtung hilft in Einzelfällen Erziehungsberechtigten bei der Entscheidung, welcher Standort die optimalen Fördermöglichkeiten für ihr Kind bietet. Diese Hilfestellung ist für die Eltern das Zeichen, dass die Schulbehörde die Wahlfreiheit ernst nimmt und gegebenenfalls auch „von oben“ unterstützt.

Eine echte Wahlfreiheit für die Erziehungsberechtigten würde eine größtmögliche Gleichheit der Angebote an Sonderschulen und in Integrationsklassen benötigen.

Diese ist in Wien in einzelnen Fällen nicht immer gegeben. Häufig haben Sondereinrichtungen eine bessere therapeutische Versorgung, Ganztagsbetreuung und bessere personelle und räumliche Ausstattung.

Diese Faktoren führen immer wieder auch zu einer unerfreulichen sozialen Selektion beim Zugang zur Integration. Eltern, die es sich leisten können, organisieren sich die Nachmittagsbetreuung und die Therapie für ihr behindertes Kind selbst, und es ist ein Besuch einer möglichst wohnortnahen Integrationsklasse möglich.

Anderen Kindern bietet sich die „umgekehrte“ Integration an. Dabei werden Integrationsklassen an Sonderpädagogischen Zentren für körper- oder sinnesbehinderte Schülerinnen und Schüler eingerichtet, Ausstattung und Ressourcen vor Ort werden genützt, um die Kinder spezifisch fördern zu können. Schülerinnen und Schüler ohne sonderpädagogischen Förderbedarf gehen in diesem Fall am Sonderpädagogischen Zentrum in der Integrationsklasse zur Schule.

Notwendige Qualitätsstandards

Erfolgreiche Integration bedarf neben der Schaffung von möglichst guten Rahmenbedingungen (bauliche Voraussetzungen, Ausstattung mit pädagogischen und therapeutischen Hilfsmitteln, etc.) auch einer soliden, qualitätvollen personellen Ausstattung.

Die zahlreichen Neubauten von Pflichtschulen in Wien wurden in den letzten zwanzig Jahren barrierefrei konzipiert und weisen in der Ausstattung mit spezifischen Fördermaterialien etc. einen hohen Standard auf. Hier wurden durch die Stadt Wien als Schulerhalter bedeutende Mittel investiert.

Außerdem sind in den Wiener Integrationsklassen jeweils ausgebildete Sonderpädagoginnen und -pädagogen mit einer vollen Lehrverpflichtung tätig. Im Sekundarbereich wird den Standorten empfohlen, möglichst kleine Klassen zu bilden und binnendifferenziert zu unterrichten.

Bei der Klassenbildung soll darauf geachtet werden, dass die Zusammensetzung der Integrationsklassen repräsentativ für den Schülerjahrgang der Schule sein soll. Eine Überrepräsentation erziehungsschwieriger oder lernschwacher Kinder ist zu vermeiden (Richtzahl 14 nicht behinderte und 56 behinderte Schüler/-innen).

Es gibt noch viel zu tun

Das bisher Erreichte ist erfreulich, doch es kann in keinem Falle als vollendet gesehen werden. Um sich den Ideen einer inklusiven Bildung anzunähern, bedarf es noch vieler Schritte, wie beispielsweise der Systemkorrektur. Das Schulsystem in Wien ist derzeit ab der 5. Schulstufe selektiv und alleine

schon durch diese Struktur der Teilung der Schülerströme in Hauptschule und allgemein bildende höhere Schulen (Gymnasium) nicht inklusiv.

Die Integration behinderter Schülerinnen und Schüler endet aktuell nach der Pflichtschule (nach der 9. Schulstufe), sodass eine Fortsetzung auf der Sekundarstufe II, im berufsbildenden Schulwesen und im universitären Bereich aussteht.

In engem Zusammenhang mit der erfolgreichen Umsetzung der Integration steht die Aus- und Fortbildung der Lehrerinnen und Lehrer aller Schularten. Schon in der Ausbildung muss der gemeinsame Unterricht aller (!) Kinder ein bedeutendes Thema sein. Neben der Methodik und Didaktik des gemeinsamen Unterrichts für alle Schülerinnen und Schüler (ausgehend vom gemeinsamen Gegenstand) muss die Arbeit an der Einstellung der zukünftigen Lehrerinnen und Lehrer im Sinne einer Schule für alle Kinder immer wieder im Mittelpunkt der Ausbildung stehen.

Auch die Fortbildungsmaßnahmen für schon tätige Lehrerinnen und Lehrer müssen sich neben praktischen Themen wie etwa der Verbesserung der Teamarbeit mit den Einstellungen zur Inklusion auseinandersetzen.

Einstellungen müssen sich ändern

Die Erfahrungen mit einem Vierteljahrhundert Integration in Wien zeigen sehr deutlich, wie wichtig neben den organisatorischen und fachlichen Fragen die Einstellung von Menschen zum Thema der Partizipation aller Menschen an der Gesellschaft ist.

Eine Einstellungsänderung zu erlangen ist wohl die schwierigste aller Aufgaben in diesem Feld. Erfolgreiche Modelle an einzelnen Standorten ziehen oft als Folge nach sich, dass sich alle anderen Standorte zurückziehen und sich damit aus der Gesamtverantwortung ziehen. Inklusion muss zudem als gesellschaftliche Gesamtverantwortung verstanden werden und sich daher auch auf alle Lebensbereiche erstrecken.

Die Bereitschaft von Betrieben am „ersten Arbeitsmarkt“, behinderte Menschen in den Arbeitsprozess zu integrieren, hält sich sehr in Grenzen. Auch hier fehlen deutliche Signale von Arbeitgeberseite, aber auch von den Gewerkschaften, etc.

Es ist ein langer und steiniger Weg zum Ziel einer „inkluisiven Gesellschaft“!

Gerhard Tuschel, Landesschulinspektor und Verantwortlicher für die Integration und Sonderbetreuung in Wiener Schulen (seit 1988)

